Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

21 (14.1.1918) Mittagsblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 21 — **77. Jahrgang.** — **Karlsruhe, Montag, 14. Januar 1918** — **77. Jahrgang.** — **Mittagsblatt**

Wichtige Beratungen in Berlin.

Sturmszenen in der französischen Kammer. — Neue Erklärungen in Brest-Litowsk.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 13. Jan. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinzen Rupprecht von Bayern

Oestlich und nordöstlich von Armentieres, sowie in der Gegend von Lens war die englische Artillerietätigkeit tagsüber regs. Auch in den anderen Abschnitten lebte sie vorübergehend auf.

Front des deutschen Kronprinzen

An vielen Stellen der Front Artilleriekampf. Stärkere französische Abteilungen, die nördlich von Reims, in der Champagne und nordöstlich von Avoncourt zu Erkundungen vorstießen, wurden im Nahkampf zurückgeworfen. Südöstlich von Ornes brachte ein eigenes Unternehmen Gefangene ein.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg

Auf dem östlichen Maasufer und in den mittleren Vogesen zeitweilig erhöhte Feuertätigkeit.

* * *

In zahlreichen Luftkämpfen wurden gestern

6 feindliche Flugzeuge und 3 Fesselballons abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische und Italienische Front

Die Lage ist unverändert.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

() Wien, 13. Jan. Amtlich wird verlautbart vom 13. Jan.: Beiderseits der Brenta nahm das Artilleriefeuer vorübergehend an Stärke zu.

Der Chef des Generalstabs.

Ein englischer Torpedojäger gesunken.

() London, 12. Jan. (Reuter.) Die Admiralität teilt mit: Der Torpedojäger „Racoon" lief an der Nordküste von Irland am 8. 1. während eines Schneesturms auf Felsen auf und ging mit der ganzen Besatzung verloren. 22 Leichen wurden aufgefischt.

Beratungen der Regierung und der Heeresleitung.

In Berlin finden zurzeit wieder bedeutsame Beratungen statt, zu denen auch, wie schon gemeldet wurde, Hindenburg und Ludendorff aus dem Großen Hauptquartier eingetroffen sind. Ueber den Gegenstand der Beratungen ist noch nichts näheres bekannt. Die Besprechungen zwischen der Obersten Heeresleitung und der politischen Reichsleitung wurden eingeleitet durch den Empfang des Kronprinzen beim Kaiser und durch die Konferenz zwischen Hindenburg, Ludendorff und zahlreichen leitenden Persönlichkeiten. Ueber die Konferenz meldet der Draht:

(!) Berlin, 13. Jan. Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff hatten gestern, wie der „Berl. Lokalanz." meldet, eine längere Konferenz mit dem Reichskanzler Grafen Hertling, die dem Empfang beim Kaiser vorausging. Für heute sei eine Besprechung beim Kaiser angesetzt, bei der Generalfeldmarschall von Hindenburg, Ludendorff, der Reichskanzler, der Stellvertreter des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes und andere Persönlichkeiten teilnehmen werden.

);(Berlin, 14. Jan. Im „Berl. Tagebl." heißt es: Heute nachmittag wird voraussichtlich der Reichskanzler den Führern der Reichstagsparteien über Inhalt und Ergebnis der Beratungen Mitteilung machen.

Wie das Blatt weiter erfährt, sei auch der Gesandte im Haag Baron Rosen, in Berlin eingetroffen, desgleichen sei auch der Botschafter Graf Bernstorff nach Berlin berufen worden.

(!) Berlin, 14. Jan. Verschiedene Morgenblätter wollen wissen, daß in der polnischen Frage eine neue Wendung eingetreten sei.

* * *

Rücktritt Valentinis?

);(Berlin, 14. Jan. Die „Berl. Morgenpost" hat mit größter Bestimmtheit versichern hören, daß der Chef des Zivilkabinetts, von Valentini, nunmehr endgültig zurücktreten wird.

Rücktritt des Fürsten Isenburg-Birstein.

(!) Kowno, 13. Jan. Wie die Correspondenz B. erfährt, ist Fürst Isenburg-Birstein, Chef der Militärverwaltung Litauens, und Oberstleutnant a la suite der Armee, auf seinen Antrag von seiner Stellung enthoben worden. — (Mit dem Fürsten Isenburg-Birstein scheidet eine Persönlichkeit von ihrem verantwortungsreichen Amt, die sich hohe Verdienste um das eroberte Gebiet von Litauen erworben hat. Es wäre interessant zu erfahren, aus welchen Gründen der Fürst sich zu seinem Rücktritt entschlossen hat. D. Schriftltg.)

Der Stand der Dinge in Brest-Litowsk.

Der feste Kurs, der neuerdings von unserer Seite in Brest-Litowsk eingeschlagen worden ist, hat sich sehr rasch auch den praktischen Ergebnisse nach als der richtige Weg herausgestellt. Trotzki und die übrigen russischen Friedensdelegierten haben die Verhandlungspause, die sie nach den Erklärungen der verbündeten Regierungen am Mittwoch erbaten, dazu benutzt, um sich von der Unhaltbarkeit ihrer Forderung zu überzeugen. Die Friedensverhandlungen werden in Brest-Litowsk fortgesetzt, und von Stockholm ist keine Rede mehr. Daß hier noch die kräftigen Worte nachwirken, die der Reichskanzler Graf Hertling am Freitag im Hauptausschuß gesprochen hat, ergibt sich aus der Rede Trotzkis von selbst. Der russische Volkskommissar für das Auswärtige hat für die Gründe technischer Art, die gegen eine Verlegung der Friedensverhandlungen sprechen, nicht viel Verständnis gehabt. Er hat auch die Gefahr abzuleugnen versucht, die von einer Einmischung der Entente etwa in Stockholm oder Kopenhagen zu befürchten sind. Er hat aber ohne weiteres anerkannt, daß Graf Hertlings Wort von der Machtstellung Deutschlands ausschlaggebend sei. Wenn der russische Minister auch versucht hat, durch geschichtliche Vergleiche den gegenwärtigen Zustand zu beschönigen, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß gegenwärtig die Möglichkeit, den Lauf der Dinge zu bestimmen, auf unserer Seite liegt. Das haben die Russen anerkannt, indem sie vorbehaltlos die Verhandlungen in Brest-Litowsk wieder aufgenommen haben.

Neben der deutlichen Sprache, die von den Delegierten der verbündeten Mächte erfreulicherweise gesprochen worden ist, hat offenbar noch ein zweiter Umstand den Russen zu denken gegeben: das Auftreten einer selbständigen ukrainischen Abordnung in Brest-Litowsk. Die Ukrainer sind von der Zentralrada in Kiew entsandt, kommen also aus einem Quartier, wo bis vor kurzem die Diplomatie der Entente ihre Zelte aufgeschlagen hatte, um festen Fuß in Rußland zu behalten. Dies Gastspiel scheint nur von kurzer Dauer gewesen zu sein, denn die ukrainische Zentralrada steht heute ebenso wie die Bolschewiki auf dem Standpunkt eines raschen Friedensschlusses. Sie hat sich dabei aber von den Petersburger Gewalthabern als vollkommen selbständig abgesondert. Das Ziel der Ukrainer ist eine russische Bundesrepublik, die nach ihrer Ansicht möglichst die Grenzen des alten Rußlands umfassen soll. Sie bleiben also damit dem Gedanken des bisherigen Großrußlands noch ziemlich nahe, wenn sie auch an die Stelle des Zarentums eine Bundesregierung als Vertreterin der einzelnen Republiken setzen wollen. Solange eine solche Zentralregierung aber nicht besteht, treten sie mit dem Anspruch auf volle staatliche Selbständigkeit auf. Die Erklärungen, die der Vertreter der Ukrainer am Donnerstag in Brest-Litowsk abgab, enthielt denn auch eine offene Ab-

---

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Fr. Lehne.

(5) (Nachdruck verboten.)

„Nun, Herr Doktor, wie haben Sie Mamsell gefunden?" fragte ihn Sanna mit lächelnder Lebhaftigkeit. „Wir sind in großer Sorge um hochdero Befinden."

„Ich kann Komtesse vollständig beruhigen; Mamsell hat sich nach meiner Ansicht beim Aprikoseneinlegen überanstrengt — daher die „Halsschmerzen", lächelte er zurück, „einige Tage strenge Diät und Gurgeln mit Salzwasser werden sie bald herstellen. Das Gurgelwasser muß heute noch ein Bote aus der Stadt besorgen."

„So wünscht Mamsell es?" Sanna lachte hell auf. „Na ja, das Theater haben wir ein paar mal im Jahr — hauptsächlich zur Einlegezeit. Mamsell kostet so gern von allem; ich hab sie oft beobachtet, und die Folge davon ist, daß sie jedesmal über „Mandelentzündung" klagt! Das letzte Mal war's bei den Erdbeeren! Ich hatte ihr schon den Vorschlag gemacht, sich die bösen Mandeln herausnehmen zu lassen! Da hätten Sie sie aber sehen sollen — wie eine Wildkatze fauchte sie, und hat drei Tage lang nicht mit mir gesprochen."

Verwundert hörte Astrid zu. Welche Umstände hier um eine Mamsell gemacht wurden! Lächelnd gab Adelheide die Erklärung, daß das Wohl- und Wehbefinden von Mamsell Hulda der Barometer von Schloß Westenfelde sei — sie, die Mamsell, sei die wahre Herrin; ihr müsse sich alles beugen — dies mit einem schelmischen Blick nach dem Vater, der gutmütig lachte.

„Spottet nur, Ihr Uebermütigen! Ich lasse nichts auf sie kommen! Wer in der ganzen Provinz versteht solches Jagdessen zu richten? Gegen unsere Mamsell Hulda kommt selbst der berühmte Koch Ihres Herrn Vaters — der Mr. Besonett — nicht auf, Fräulein Vermehren! Wir werden um diese Perle beneidet — unersetzlich ist sie mir."

„Das weiß sie auch! Darum tyrannisiert sie dich auch genügend!" neckte Sanna.

Die jungen Mädchen hatten Platz am Tisch des Vaters genommen, während ein Diener den fahrbaren Teetisch heranrollte, der mit allerlei leckeren Sachen besetzt war. Das Wasser fing unter dem kupfernen Teekessel leise an zu sieden, und Adelheide bemühte sich um den Aufguß.

Gar gemütlich saß es sich in der geräumigen Veranda, an der sich rote Kletterrosen in üppiger Fülle emporrankten.

Draußen rauschte der Regen in Strömen herab, die Luft köstlich reinigend und erfrischend und die weiten saftig grünen Rasenflächen und die malerischen Baumgruppen des alten Parkes von Westenfelde boten dem Auge einen wohltuenden Anblick.

Astrid mußte sich gestehen, daß, so oft sie hierher kam, ihr diese einfach vornehme Häuslichkeit, das alte, weinlaubumsponnene Schloß, daß mehr einem großen Landhaus glich, immer sympathischer wurde.

Hier war so ganz das Gegenteil von dem lärmenden, prunkvollen Haushalt der Eltern.

Der Graf Westenfeld war ein vollendeter Edelmann, etwas derb und kernig in Wort und Ausdrucksweise zuweilen, aber durchaus vornehm in Gesinnung und Handlung.

Daß die jungen Gräfinnen und die Geheimratstöchter so gut miteinander harmonierten, war für beide Familien sehr erfreulich.

Astrid lehnte in den breiten, mit weichen, großblumigen Kissen belegten Peddigrohrsessel.

Sie saß dem Arzt gegenüber, so daß ihre Blicke sich unwillkürlich begegnen mußten. Und wieder mußte sie bei sich feststellen, daß er einen vornehmen Eindruck machte, wenn er auch in seiner Kleidung durchaus nicht salonfähig war: ertrug eine Art Lodenjoppe, im Schnitt einer Litewka.

„Nein, Herr Doktor, bei dem Regen lasse ich Sie nicht fort. Sie bleiben mit Ihrem Stahlroß ja unrettbar stecken!" widersprach der Graf dem Arzt, der jetzt aufbrechen wollte. „Oder drängeln die Patienten so?"

„Das weniger, Herr Graf! Für heute bin ich fertig. Den schwersten Besuch hatte ich mir bis zuletzt aufgehoben." Er lächelte, und es stand ihm gut, wie die weißen Zähne unter dem Bärtchen blitzten.

„Das ist recht! Und außerdem freut es mich sehr, daß es nun endgültig bestimmt ist, daß Sie die Praxis des Herrn Doktor Frühling übernehmen — die Herren alle sind einverstanden. Gestern hatte ich nochmals mit Herrn Geheimrat Vermehren gesprochen — er hat ihre Wahl sehr warm befürwortet. —"

Davon wußte Astrid noch gar nichts! Zwar — derartige untergeordnete Sachen pflegte ihr Vater zu Hause überhaupt nie zu berühren.

Doktor Rehfeld erhob sich ein wenig vom Sessel, was einen höflichen Dank bedeuten sollte.

„Dann heiraten Sie wohl bald Herr Doktor?" fragte Sanna.

„Ich denke zum Herbst, Komtesse!! Jetzt ist es mir ja ermöglicht, da ich nun weiß, wo ich eine bleibende Ruhestätte habe."

„Das Vernünftigste, was Sie tun können, Doktor! So einschichtig hier herumlaufen, das geht auf die Dauer nicht," meinte der Graf, indem er sich mit Erlaubnis der Damen eine Zigarre angebrannt und Alfred Rehfeld das gleiche tat.

„Nein Herr Graf das geht nicht. Und auch: ich brauche in meiner Sprechstunde zuweilen sehr notwendige Hilfe, und da meine Braut geprüfte Krankenpflegerin ist, wird sie mir bei verschiedenen Patienten ein wertvoller Beistand sein können."

„Krankenpflegerin ist Ihr Fräulein Braut?" fragte Sanna überrascht.

Er sah ihre große Verwunderung.

„Ja, Komtesse. Meine Braut ist keine Lilie auf dem Felde; sie gehört zu den erwerbenden und arbeitenden Frauen!" entgegnete er ruhig.

Die junge Gräfin war ein wenig rot geworden.

„So meinte ich es doch nicht, Herr Doktor! Aber Krankenschwester —" Sie schüttelte sich ein wenig. „Das ist so schwer! Das könnte ich nicht! So viel Selbstüberwindung gehört dazu."

„Deren die holden Lilien auf dem Felde allerdings nicht fähig sind Komtesse!" entgegnete er mit leichtem Spott.

„Ah, dann halten Sie diese für überflürig, für unnütz?" Kampfeslustig blitzen Sannas Augen.

„Sagte ich das? Im Gegenteil — Sie haben ihre Daseinsberechtigung. Wenn auch die Lilien auf dem Felde nicht arbeiten, nicht spinnen — so sind sie doch herrlicher als Salomo in seiner Herrlichkeit anzuschauen."

So bibelfest, Herr Doktor?" Mit spottendem Ton wandte sich Astrid zum ersten Male direkt an den Arzt.

„Man muß doch in allen Sätteln gerecht sein, gnädiges Fräulein!" entgegnete er ruhig, den Blick ihrer großen Augen voll erwidernd.

(Fortsetzung folgt.)

sage an die Petersburger Regierung. Die Stellung der russischen Friedensdelegierten wurde dadurch erheblich geschwächt. Herr Trotzki hätte sich bei weiterem Bestehen auf den russischen Sonderwünschen unfehlbar zwischen zwei Stühle gesetzt. Er hat es demgegenüber vorgezogen, unabänderliche Tatsachen anzuerkennen und sich in die Gleichberechtigung der ukrainischen Delegation ebenso zu finden, wie in das Verbleiben der Verhandlungskommission in Brest-Litowsk.

Wir sind also auf dem richtigen Wege. Aber wir sind noch nicht am Ziele: Der ukrainische Vertreter hat in seiner Erklärung eine Reihe von Punkten namhaft gemacht, die zum Teil zweifellos nicht auf den Friedensschluß Anwendung finden können. Ebenso hat Herr Trotzki von der Absage der verbündeten Delegierten an die Erklärung vom 25. Dezember zwar Kenntnis genommen, indes hinzugefügt, daß die Russen an diesen Grundsätzen festhalten. Es ist also in Brest-Litowsk noch nicht aller Tage Abend. Die bisherigen Ergebnisse haben aber schon gezeigt, was sich mit festem Willen und deutlicher Zielrichtung erreichen läßt. Wir können also auch den weiteren Verhandlungen mit Vertrauen entgegensehen.

*

Neue Erklärungen.

)!(Brest-Litowsk, 12. Januar.

Zu Beginn der heutigen Vollsitzung, die um ½12 Uhr vormittags eröffnet wurde, gab der Vorsitzende

Graf Czernin

folgende Erklärung ab:

In der Vollsitzung vom 10. Januar hat der Staatssekretär der Ukrainischen Volksrepublik den Delegationen der vier verbündeten Mächte die Note des Generalsekretariats der Ukrainischen Volksrepublik vom 11. bezw. 24. Dezember 1917 Nr. 726 übergeben. Diese Note enthält unter Punkt 7 die Erklärung, daß die durch das Generalsekretariat vertretene Ukrainische Volksrepublik in völkerrechtlichen Angelegenheiten selbständig auftritt und daß sie gleich den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilzunehmen wünscht. In Erwiderung hierauf beehre ich mich, im Namen der Delegationen der vier verbündeten Mächte Nachstehendes zu erklären: Wir erkennen die ukrainische Delegation als selbständige Delegation und ihre bevollmächtigte Vertretung als selbständigen ukrainischen Volksausschuß an. Die formelle Anerkennung der Ukrainischen Volksrepublik als selbständiger Staat durch die verbündeten Mächte bleibt dem Friedensvertrag vorbehalten.

Herr Trotzki,

der sich hierauf das Wort erbat, führte folgendes aus:

Im Zusammenhang mit der soeben in der Erklärung der Delegationen des Vierbundes behandelten Frage erachte ich es für notwendig, zum Zweck der Information und zur Beseitigung aller möglichen Mißverständnisse folgende Erklärung abzugeben:

Diejenigen Konflikte, die sich zwischen der russischen Regierung und dem Generalsekretariat ergeben haben, und deren tatsächliche Seiten mehr oder weniger allen Anwesenden bekannt sind, hatten und haben keinen Zusammenhang mit der Frage der Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes. Sie sind durch die Widersprüche zwischen der Politik der Sowjets, der Volkskommissare und des Generalsekretariats entstanden, Widersprüche, die ihren Ausdruck erhalten sowohl aus dem Territorium der Ukraine, wie auch außerhalb ihrer Grenzen. Was nun die tatsächlich vor sich gehende Selbstbestimmung der Ukraine in Gestalt einer Volksrepublik anlangt, so kann dieses Vorgehen keinen Grund für Konflikten zwischen den beiden Bruderrepubliken geben. In Anbetracht dessen, daß das politische Leben dort frei verläuft, daß es dort weder mittelalterliche Standesorgane gibt, die das Land repräsentieren wollen, noch von oben auf Grund der Machtstellung erklärte Scheinministerien, die innerhalb der Grenzen handeln, die ihnen von oben anberaumt werden, in Anbetracht ferner dessen, daß in dem Territorium der Ukraine überall frei gewählte Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernbeputierte existieren, und daß bei der Wahl der Organe der Selbstverwaltung der Grundsatz des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts angewandt wird, wird es und kann es keinen Zweifel geben, daß der Prozeß der Selbstbestimmung der Ukraine in den Grenzen und in den staatlichen Formen, die dem Willen des Ukrainischen Staates entsprechen, seine Vollendung finden wird. In Anbetracht des Vorstehenden und in Uebereinstimmung mit der in der Sitzung vom 10. Januar abgegebenen Erklärung, sieht die russische Delegation keinerlei Hindernisse für eine selbständige Teilnahme der Delegation des Generalsekretariats an den Friedensverhandlungen.

Der ukrainische Staatssekretär Holubowitsch

erklärte hierauf, er nehme die Erklärung der Vierbundsmächte zur Kenntnis, auf Grund deren die ukrainische Delegation an den Friedensverhandlungen teilnehme.

General Hoffmann,

der alsdann das Wort ergriff, bemerkte, er habe aus der Antwort des Vorsitzenden der Petersburger Delegation auf seinen Protest ersehen, daß Herr Trotzki nicht verstanden habe, warum die von ihm beanstandeten Funksprüche und Veröffentlichungen gegen den Geist des Waffenstillstandes verstießen. Am Kopfe des Waffenstillstandsvertrages ständen die Worte „zur Herbeiführung eines dauerhaften Friedens". Die russische Propaganda verstoße dagegen, weil sie nicht einen dauerhaften Frieden anstrebe, sondern Revolution und Bürgerkrieg in unser Land tragen möchte.

In seiner Antwort verwies

der Vorsitzende der russischen Delegation

darauf, daß die gesamte deutsche Presse in Rußland zugelassen sei, und zwar auch diejenigen Blätter, die den Ansichten der russischen revolutionären Kreise nicht entsprechen und die dem Standpunkt der Regierung der Volkskommissare zuwiderlaufen. Es herrsche eine vollkommene Parität in dieser Sache, die mit dem Waffenstillstandsvertrag nichts zu tun habe.

General Hoffmann

entgegnete, daß sein Protest sich nicht gegen die russische Presse richte, sondern gegen offizielle Regierungskundgebungen und gegen eine offizielle Propagandatätigkeit, die mit der Unterschrift des Oberkommandierenden Krylenko versehen sei. Der Oberbefehlshaber Ost und der Staatssekretär des Aeußern betrieben keine analoge Propaganda.

Trotzki

antwortete, daß die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages keine Beschränkung für die Meinungsäußerungen der Bürger der russischen Republik oder irgend anderer leitender Kreise enthalte oder enthalten könnten.

Staatssekretär v. Kühlmann

stellte zu den Bemerkungen des Vorsitzenden der russischen Delegation fest, daß die Nichteinmischung in die russischen Verhältnisse ein feststehender Grundsatz der deutschen Regierung sei, der aber natürlich volle Gegenseitigkeit erheische.

Trotzki

entgegnete, die Parteien, die der russischen Regierung angehören, würden es als einen Schritt vorwärts anerkennen, wenn die deutsche Regierung sich frei und offenherzig über ihre Ansichten bezüglich der inneren Verhältnisse Rußlands aussprechen wollte, sofern sie dies für notwendig erachtete.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

*

Die Bolschewiki-Feier in Warschau.

* Berlin, 14. Jan. Nach einer Warschauer Meldung haben die russischen Delegierten für Brest-Litowsk Joffe, Kamenew und Salomon an der Feier der Warschauer Bolschewiki teilgenommen.

Der Bürgerkrieg in Rußland.

-(!) Stockholm, 12. Jan. „Wasch Wjödl" veröffentlicht eine Unterredung mit Kaledin, in der dieser erklärte, der Gedanke der konstituierenden Versammlung sei für gebildete Menschen zweifellos wertvoll, für die breiten Massen jedoch ganz gleichgültig. Es sei jetzt nicht an der Zeit, sich mit solchen Fragen zu beschäftigen, da die Aufgabe vorläufig darin bestehe, die eigenen Gebiete zu retten. — Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß Kaledin in drahtloser Verbindung mit dem englischen Hauptquartier in Mesopotamien stehe.

);(Petersburg, 12. Jan. Wie Reuter meldet, erließ Krylenko eine lange Kundgebung, in der er schildert, wie die russische Republik der Arbeiter- und Soldatenräte von Feinden umgeben sei, und einen heiligen revolutionären Krieg gegen das russische, deutsche, englische und französische Bürgertum ins Auge fasse. Er sagt, für diesen Krieg müsse ein neues Heer aufgestellt werden und fordert alle Regimenter, Bataillone und Kompanien auf, in dieses einzutreten.

(!) Petersburg, 12. Jan. **Wie Reuter meldet, haben ukrainische Truppen nach einem heftigen Kampf die Grenzmark im Gouvernement Tschernigow besetzt.**

Neue Steuern.

(!)London, 12. Jan. Das Reutersche Büro meldet aus Petersburg: Der maximalistische Gemeinderat von Petersburg hat beschlossen, alle Privatwagen mit einer Steuer von 500 Rubel und alle Pferde mit einer Steuer von je 500 Rubel jährlich zu belegen. Auf Automobile wurde eine Steuer von 150 Rubel pro Pferdekraft eingeführt. Segeljachten werden mit 100 Rubel, Hunde mit 20 Rubel jährlich, öffentliche Auktionen mit 20 Proz. besteuert. Die Volkskommissäre haben ein Dekret erlassen, daß alle Einrichtungen des Verbands der allrussischen Semstwos zum Eigentum der russischen Republik erklärt werden.

Der französische Minister des Aeußern über die Kriegsziele.

In der französischen Kammer sprach der Minister des Aeußern Pichon über die Kriegsziele. Er erklärte u. a.:

Die Verweigerung der Pässe für Petersburg ist keine grundsätzliche Frage, aber bei der Frage der Ausstellung der Pässe handelt es sich darum, ob sie vorteilhaft ist. Außerdem ist dieses Verlangen in einer zu dunkeln Stunde gestellt worden, als daß wir ihm hätten Folge geben können. In der Tat wollte der französische Sozialismus sich mit der maximalistischen Regierung und ihren Freunden einlassen. Nun, dieser Schritt war für uns voller Gefahren. Hätten wir ihn möglich gemacht, so hätten wir unseren Anteil zu der Verantwortung auf uns genommen. Wir sind fest entschlossen, diese Verantwortung nicht auf uns zu nehmen. Wir wollen in keiner Weise mit den maximalistischen Besprechungen verquickt werden, denn wir besitzen den Beweis, daß Deutschland uns hineinzuziehen versucht hat. An einem Tage, an dem man unmittelbar mit Friedensvorschlägen an uns herantritt, werden wir sie in Uebereinstimmung mit unseren Bundesgenossen prüfen und beantworten. Von Verhandlungen über diese Angelegenheiten mit der usurpatorischen Gewalt in Petersburg kann keine Rede sein. Wir sind gleichfalls gegen jeden Gedanken einer internationalen Arbeiterkonferenz. Diesen stellt die Tagesordnung der französischen Parteien auf dem Kongreß der allgemeinen Arbeitervereinigung in Clermont-Ferrand vor. Sonach bestätigt der Kongreß, daß die Arbeiterverbände das Recht haben, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen und eine solche im Bedarfsfalle herbeizuführen. Diese Konferenz würde noch gefährlicher sein als Besprechungen mit den Maximalisten. Sie würde die öffentliche Meinung erschrecken und an die Stelle der Autorität der Regierung die vage Initiative setzen, ohne von dem Skandal solcher Versammlungen zu sprechen, wo die französischen Patrioten sich mit den Anstiftern treffen würden, den Anstiftern der Drangsale, unter denen die Welt leidet.

Eine Gruppe von Sozialisten der Kammer hat eine Kundgebung an die russischen Sozialisten gerichtet, der wir uns im vollsten Verständnis nur anschließen können. Sie warnt vor einem Waffenstillstand und einem Sonderfrieden. Trotzki hat auf diese Kundgebung mit einem Brief erwidert, voll Beleidigungen gegen die hervorragendsten Mitglieder der französischen Sozialistenpartei wie Sembat, Guesde, Thomas, Vandervelde und gegen die geachtetsten Mitglieder der Kadettenpartei, die weiterhin unsere Freunde sind, und die beschimpft wurden als „internationale Raubritter". Dieser Brief ist voll Verachtung und Geringschätzung für die Sozialisten von der Farbe Kerenskis, die als „Versöhnungssozialisten" bezeichnet werden.

Was die Intervention der sozialistischen Gruppe der französischen Kammer anbetrifft, so erklärte Trotzki, daß die Gruppe völlig verantwortlich für ihre Erniedrigung sei. Wir hoffen, schloß Trotzki, auf einen allgemeinen demokratischen Frieden. Wir können ihn nur erhalten durch einen heldenhaften Ansturm in allen Ländern des Arbeiterproletariats gegen die nationale Bourgeoisie. Dieser gegenüber schließt der Burgfriede die Möglichkeit eines solchen Kampfes aus und bindet dem Proletariat Hände und Füße im Dienste der Bourgeoisie.

In einem anderen Briefe, den Trotzki in der Stunde schrieb, als er Frankreich verließ, und der an einen Mann gerichtet ist, dessen Vaterlandsliebe ich am höchsten schätze, nämlich an Jules Guesde, sagt er, nachdem er die hervorragendsten Mitglieder der französischen sozialistischen Partei beleidigt hat: Von Euch vertrieben, verlasse ich Frankreich mit einem tiefen Glauben an unseren demnächstigen Triumph.

In betreff der sozialistischen Erklärung, die hier am 31. Dez. verlesen worden ist, und in der man uns der Untätigkeit bezichtigt gegenüber der Tatkraft unserer Gegner, habe ich folgendes zu sagen: Ich war von dieser Erklärung betroffen. Aber auf meine Erklärung folgten diejenigen Lloyd Georges und Wilsons, Orlandos und Balfours.

Man will jetzt entgegenwirken. Aber sieht man hinsichtlich dessen, wofür wir kämpfen, einen Zwiespalt? Für einen gerechten und dauerhaften Frieden sind drei Bedingungen erforderlich: Die heilige Achtung vor Verträgen, eine Gebietsregelung, die sich auf das Recht der Völker gründet, frei über sich selbst zu verfügen, und endlich die Einschränkung der Rüstungen. Das ist unser Programm, das Programm, das Lloyd George dargelegt hat.

Was die Gesellschaft der Nationen anbetrifft, so kann der Sieg allein sie wirklich schaffen. Das hat Lloyd George erklärt, und das ist auch unser Programm.

Auch Wilson bestätigt, daß zwischen den von ihm und von den Alliierten aufgestellten Grundsätzen kein Unterschied besteht. Wilson verlangt die Aufhebung der wirtschaftlichen Schranken. Räumung der russischen Gebietsteile, Räumung der unserigen, die Wiederherstellung Belgiens, Rumäniens und Serbiens, sowie die Wiedergutmachung des Frankreich im Jahre 1871 verursachten Schadens. Das war die Stelle in den Erklärungen des Präsidenten, die den stärksten Beifall fand. Alle Teilnehmer der großen Versammlung brachen in Beifallskundgebungen aus. (Lebhafter Beifall.) Die Erklärungen, die nach denen von Lloyd George kamen, verleihen unseren Forderungen einen weltumfassenden Charakter.

Was wir wollen, ist Frieden und Gerechtigkeit, geheiligt durch die Wiederherstellung des im Jahre 1871 verletzten Rechtes, das höher steht als alle heuchlerischen Volksabstimmungen. Alle Erklärungen der Alliierten stimmen überein. Freilich sind sie nicht gleich in der Form, aber sie sind es in der Sache. Albert Thomas beschuldigte uns, wir hätten es an Initiative fehlen lassen. Er verkannte mich. Ich habe meine Rede vom 27. Dez. am folgenden Tage unseren Alliierten telegraphiert, um sie zu fragen, ob es nicht angemessen wäre, verabredete Erklärungen abzugeben. Die Frage wurde verneint. Unsere Alliierten waren einstimmig der Meinung, es sei vorzuziehen, getrennte Erklärungen abzugeben, da es im Grunde keine Meinungsverschiedenheit gäbe. (!)

Auf die Aufforderung des Deputierten Molets, die Antworten zu verlesen, erwiderte Pichon: Ich weiß nicht, welcher Art die künftige Diplomatie sein wird. Ich rede mit den gegenwärtigen Diplomaten. Niemals würde ich darein willigen, unsere diplomatischen Verhandlungen der Oeffentlichkeit auszuliefern. (Lebhafter Beifall auf der Linken, im Zentrum und auf der Rechten.)

Nach der Rede Pichons nahm die Kammer, wie schon gemeldet, mit 397 gegen 145 Stimmen die Tagesordnung, worin der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, an.

Sturm in der französischen Kammer.

() Berlin, 13. Jan. Die gestrige, fast siebenstündige, ungeheuer stürmische Sitzung in der französischen Kammer brachte das erste Licht in die Meinungsverschiedenheiten, die bei der Entente bestehen, und eine gemeinsame Kriegszielnote verhindert haben. Pichon gab die bedeutsame Erklärung ab, er habe nach seiner Kammerrede vom 27. Dezember durch ein Zirkulartelegramm bei den Ententekabinetten eine gemeinsame Kriegszielerklärung als Antwort auf Trotzkis Einladung nach Brest-Litowsk angeregt, die diplomatischen Verhandlungen seien aber ergebnislos geblieben. Man habe sich darüber geeinigt, daß Lloyd George und er selbst getrennt sprechen sollten.

Bei dem ungeheuren Tumult, der sich an die Erklärung schloß, begaben sich außer den Sozialisten auch ein großer Teil der Radikalen in die Opposition. Die Erklärungen Pichons riefen in der Kammer die größte Sensation hervor. Die Sozialisten verlangten eine deutlichere Aufklärung, warum sich die Alliierten nicht auf ein Friedensprogramm einigen konnten. Moutet und Thomas erhoben sich von ihren Plätzen und forderten Pichon auf, der Kammer die Korrespondenzen mit Washington, London und Rom vorzulesen. Pichon lehnte ab. Um nichts in der Welt gebe er das diplomatische Geheimnis preis. Man riskiere, daß die Entente in die Brüche gehe. Es bestünden Verträge mit Italien, Serbien, Rumänien und Belgien, die Frankreich halten müsse.

Die Sozialisten riefen: „Was steht in diesen Verträgen? Wir haben keine Ahnung davon!"

Pichon: „Ich kann nur wiederholen: Es bestehen Verträge, die wir gegenseitig halten müssen.

Moutet: „Das muß nicht unbedingt sein!

Dieser Wortwechsel vollzog sich unter gewaltigem Geschrei. Der Lärm erreichte den Höhepunkt, als der Sozialist Roeux-Coustatout auf die Worte Pichons, zuerst und vor allem müsse man siegen, antwortete: „Da kann man noch lange warten!" Die Sozialisten und das Zentrum wurden handgreiflich. Zwischen dem Führer der Minderheitssozialisten Longuet und dem Radikalen Sinyan entspann sich ein Faustkampf. Sie wurden getrennt und beruhigt. Thomas wiederholte die Worte, man verlange eine Kriegszielnote sämtlicher Verbündeten, worauf Briand den früheren Ministerkollegen erinnerte, daß er ihm doch bei der Redaktion der Ententeantwort an Wilson Januar 1917 geholfen habe und also wissen müsse, daß damals die Verhältnisse ganz anders gelegen haben als heute. Damals sei Frankreich gezwungen gewesen, die imperialistischen Kriegsziele vieler Verbündeten nicht nur verträglich anzuerkennen, sondern auch in das öffentliche Programm aufzunehmen. Hätte man das nicht getan, wäre Frankreich militärisch isoliert worden.

Der stürmische, lärmende Widerspruch der Linken setzte sich, wie eine Genfer Meldung der „Voss. Ztg." besagt, bis zum Schluß von Pichons Rede fort.

*

Umbildung des Kabinetts?

() Berlin, 13. Jan. Die Umbildung des französischen Kabinetts gilt, wie verschiedene Morgenblätter meinen, als wahrscheinlich. Jedoch erst nach der neuen Kammerbesprechung über die Werbearbeit der Konservativen an und hinter der Front.

*

Verhaftung Caillaux'?

hr. Berlin, 13. Jan. In den Wandelgängen der französischen Kammer wird nach einer Meldung der „Voss. Ztg." das Gerücht verbreitet, daß Caillaux' Verhaftung unmittelbar bevorstehe. Man sage, daß verschiedene Belastungszeugen sich nicht zu äußern wagten, solange Caillaux in Freiheit sei. Diese Gerüchte werden freilich dementiert, trotzdem ist es wahrscheinlich, daß Caillaux und seine Freunde nicht vor Ueberraschungen sicher sind.

Italien.

WTB. Bern, 14. Jan. Nach dem „Corriere della Sera" befaßte sich der vorgestrige Ministerrat mit außerpolitischen und militärischen Fragen. Dem Blatt zufolge soll Sonnino Erläuterungen über die Möglichkeit eines in Paris abzufassenden gemeinsamen Dokumentes gegeben haben.

() Berlin, 14. Jan. In Siena wurde, einer Meldung des „Berl. Lokalanz." aus Lugano zufolge der Kapuzinermönch Giuseppe Cortecci wegen Aeußerungen gegenüber Verwundeten im Lazarette von Siena, die geeignet sind, die Kampfkraft des italienischen Heeres zu lähmen, zu 1 Jahr Gefängnis und 1000 Lire Geldstrafe verurteilt.

() Berlin, 14. Jan. Dem „Berl. Tagebl." wird aus Lugano berichtet, daß der dem österreichischen Kaiserhause gehörige berühmte Pinien-Wald bei Viareggio samt den dort befindlichen Bauten beschlagnahmt wurde.

Der Heilige Stuhl.

WTB. Bern, 14. Jan. Der „Osservatore Romano" stellt in einem Artikel seines Direktors unter Bezugnahme auf die Behauptung gewisser Blätter, der Heilige Stuhl beabsichtige, dem Kriege gegenüber eine veränderte Stellung einzunehmen, fest, daß der Heilige Stuhl nicht beabsichtige, in den Richtlinien der vollen und strengen Unparteilichkeit abzugehen, die seit Kriegsbeginn immer eingehalten worden seien und daß er dies auch nicht angesichts der jüngsten diplomatischen Schritte und Erklärungen des englischen Premierministers und des Präsidenten Wilson tun werde.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Trübe Aussichten für die Entente.

* Haag, 12. Jan. Nieuwe Courant schreibt: Das Jahr beginnt für die Entente mit trüben Aussichten. Alle hoffnungsvollen Worte ihrer Staatsmänner können das nicht verdecken. Gibt es eine wirksame Waffe gegen die Unterseeboote? Wir merken nichts davon. Schiff nach Schiff sinkt, und in England muß man den Leibriemen anziehen. Wenn man bedenkt, was für eine entscheidende Bedeutung der Entsendung amerikanischer Truppen nach Europa von der Entente beigemessen wurde, ist es doch merkwürdig, daß einige Mitglieder der amerikanischen Regierung, dem Reuter'schen Bureau zufolge, glauben, daß die Alliierten im Augenblick lieber amerikanische Lebensmittel als amerikanische Truppen haben wollen. Und so lebt die Hoffnung auf einen entscheidenden Sieg bei den Alliierten ausgesprochen weiter. Man erwartet einen Frieden durch den Sieg, einen Frieden, der, wie kürzlich Churchill erst wieder sagte, diktiert werden soll. Wilson hat es in seiner letzten Botschaft vermieden, deutlich zu sagen, daß er den Sieg wünscht. Als die Vereinigten Staaten noch neutral waren, hat der Präsident in seinem Aufruf an die Kriegführenden den Frieden durch den Sieg als ein Unglück für die Welt verworfen.

Ereignisse zur See.

WTB. Berlin, 12. Jan. (Amtlich). Neue U-Bootserfolge im westlichen Teil des Sperrgebiets um England:

19 000 Bruttoregistertonnen.

In kühnen und geschickt durchgeführten Angriffen schoß eines der U-Boote unter erheblicher feindlicher Gegenwirkung vier große Dampfer aus stark gesicherten Geleitzügen heraus. Bei einem nächtlichen Angriff auf einen starken Geleitzug gelang es dem U-Boot, durch schneidigen Rammangriff einen feindlichen U-Bootszerstörer derart zu beschädigen, daß dessen Verlust mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist. Das U-Boot nahm hierbei außer einer leichten Beschädigung am Bug keinerlei Schaden.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

*

Verschollener Dampfer.

() London, 12. Jan. (Reuter.) Zwei Dampfer, die mitte Dezember vom Clyde nach Waterford ausfuhren und zusammen 85 Mann Besatzung an Bord hatten, sind seitdem verschollen. Man glaubt, daß sie U-Booten zum Opfer gefallen sind.

*

Die Wirkung unserer U-Boote.

T.d.A. Berlin, 12. Jan. „Daily Mail" klagt: Es kommt nicht darauf an, wieviel Unterseeboote wir versenken, solange die verbleibenden fortfahren, wie bisher wöchentlich im Durchschnitt 14 unserer Verpflegungsdampfer zu versenken; die uns mitgeteilten Statistiken, unvollständig, wie sie sind — denn es kommt für uns die versenkte Gesamttonnage in Frage —, geben uns immerhin einen Fingerzeig über die Tätigkeit des Feindes. Die Optimisten oder Pessimisten mögen sagen, was sie wollen; die unumstößliche Tatsache bleibt bestehen, daß wir, wenn wir nicht mehr Schiffe bauen und weniger essen, im nächsten Jahre die traurige Ueberraschung erleben werden, daß wir nicht ausreichen. Worte werden uns dann nicht ernähren.

*

Neuorganisation der britischen Admiralität.

);(London, 12. Jan. (Reuter). Die Neuorganisation der Admiralität ist durchgeführt. Die neuen Mitglieder sind: Contreadmiral Sir Sidney Frementle, Contreadmiral George Hopß und Artur Pease. Der Direktor der Nordostbahn, Contreadmiral Henry Oliver und Kapitän Godfrey Paine treten zurück. — Archibald Hurd sagt im „Daily Telegraph": Die Neuernennungen in der Admiralität werden die Befürchtung beseitigen, daß ein jäher Wechsel in den Grundzügen der Marinepolitik beabsichtigt ist.

Austausch von Kriegsgefangenen.

WTB. Rotterdam, 14. Jan. Gestern vormittag erfolgte die Ausschiffung der in Austausch gegen englische Kriegsgefangene vorgestern abend aus England eingetroffenen deutschen Offiziere und Mannschaften. Die niederländische Regierung war durch den Minister des Auswärtigen vertreten. Auch der Vorsitzende des Kriegsgefangenenausschusses war zugegen. Am Nachmittag fand im Doelensaal zu Ehren der Zurückgekehrten ein Empfang statt. Legationsrat von Maltzen begrüßte die Offiziere und Mannschaften und dankte Ihnen für das, was sie für Deutschland im Kampfe und während der Gefangenschaft geleistet und ertragen hätten. Sein besonderer Dank galt Kapitänleutnant von Müller, dem ruhmreichen Führer der „Emden". Er sprach ferner den Dank der deutschen Regierung an die niederländische Regierung für ihre Gastfreundschaft aus. Sein Wort klang in einem Hurra auf die Königin Wilhelmine der Niederlande aus. Hauptmann von Scheven begrüßte im Auftrage der deutschen Kaiserin herzlich die aus der Gefangenschaft Zurückgekehrten und verlas sodann ein Telegramm des Kaisers. Der Bürgermeister von Rotterdam sagte in seiner Begrüßungsansprache, um den Internierten den Aufenthalt in Holland angenehm zu machen und ihnen zu helfen, sei ein Bürgerausschuß gebildet worden. Die Stadt habe ein Grundstück zum Bau von Werkstätten unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Im Namen der Offiziere und Mannschaften sprach Kapitänleutnant von Müller der niederländischen Regierung, der Stadt Rotterdam und dem niederländischen Volke seinen Dank für den herzlichen Empfang aus. Der Empfang schloß mit einem geselligen Zusammensein.

Die Luftangriffe auf das deutsche Heimatgebiet im Dezember.

)(Berlin, 12. Jan. (Amtlich). Im Monat Dezember hat der Gegner 13 Luftangriffe auf das deutsche Heimatgebiet unternommen. 6 Angriffe galten dem lothringisch-luxemburgischen Industriegebiet, 7 Angriffe der Stadt Freiburg sowie anderen Städten in Baden, den Städten Mannheim, Saarbrücken und Zweibrücken. Bis auf eine Betriebsstörung, die durch einen Bombentreffer in die Gasleitung eines Eisenwerkes verursacht wurde, war das Ergebnis der Angriffe bedeutungslos. Der Schaden an Privateigentum war im ganzen gering. Durch die Angriffe wurden 7 Personen getötet und 31 verletzt, darunter französische Kriegsgefangene. Ein feindliches Flugzeug wurde innerhalb des deutschen Heimatgebietes, ein anderes jenseits der Linien abgeschossen.

Entente-Bomben auf Schweizer Gebiet.

(!) Berlin, 12. Jan. (Amtlich). In den Morgenstunden des 6. Januar 1918 hat ein Flugzeug unter Verletzung der Schweizer Neutralität mehrere Bomben bei Bahnhof Kallnach an der Strecke Solothurn-Murten abgeworfen. Nachforschungen der deutschen Dienststellen haben ebenso wie bei den Bombenabwürfen vom 6. Dezember 1917 auf die Schweizer Orte Menziken und Muttenz ergeben, daß auch für den Bombenwurf bei Kallnach deutsche Flugzeuge nicht in Frage kommen.

Aus dem Reich.

Staatssekretär Wallraf in Belgien.

() Berlin, 12. Jan. Staatssekretär des Innern, Exzellenz Wallraf, begab sich am Sonntag mit dem Geh. Oberregierungsrat und Vortragenden Rat im Reichsamt des Innern Dr. Schulze nach Belgien, um in einem mehrtägigen Besuch an Ort und Stelle mit den maßgebenden Persönlichkeiten Fühlung zu nehmen und die gegenwärtig im Vordergrund des Interesses stehenden Fragen eingehend zu besprechen.

Bekämpfung des Schleichhandels.

)(Berlin, 12. Jan. Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts von Waldow fand heute eine Besprechung zwischen Vertretern der zuständigen Zivil- und Militärbehörden und der Industrie über die Frage der Bekämpfung des Schleichhandels der industriellen Werke statt. Die Vertreter der Industrie stimmten der Ansicht des Staatssekretärs uneingeschränkt bei, daß die bisherige Praxis eines großen Teils der Betriebe zu einem Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft führen müsse. Eine Kommission bestehend aus Vertretern der Behörden und der Industrie soll die Grundsätze aufstellen, nach denen an Stelle der Sonderversorgung aus dem Schleichhandel eine Belieferung der industriellen Arbeiterschaft auf legalem Wege zu treten habe, damit deren Leistungsfähigkeit nicht gefährdet wird. Allseitig war man sich darin einig, daß die Bereitstellung der zur lokalen Belieferung notwendigen Lebensmittel die sofortige Unterdrückung des Schleichhandels zur Voraussetzung hat. Eine Besprechung mit Vertretern der Arbeiterschaft über die gleiche Angelegenheit wird in der nächsten Woche im Kriegsernährungsamt stattfinden.

* * *

* Ein deutscher Wahlsieg. Bei der Wahl für den Provinziallandtag in dem Kreis Wreschen siegte ein Deutscher, obwohl 16 Deutschen 18 polnische Stimmen gegenüberstanden.

Die preußische Wahlreform.

)(Berlin, 12. Jan. Die Wahlrechtskommission des preußischen Abgeordnetenhauses setzte heute vormittag die allgemeine Aussprache über die 3 Vorlagen fort. Ein Nationalliberaler sagte: Die Verdienste unserer Leute an der Front sind über jedes Lob erhaben, aber niemand weiß, wie die Männer sich hinterher verhalten werden, ob sie zu Hänisch oder zu Adolf Hoffmann stehen. Das gleiche Wahlrecht ist ein Sprung ins Dunkle. Anzuregen ist ein Pluralwahlrecht, dann kann man in 10 Jahren entscheiden, ob das Vertrauen zum Volke gerechtfertigt ist.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums wandte sich gegen diese Ausführungen und wies auf das Versprechen der Krone hin. Es sei höchst bedenklich, die Vorlage, die auf dem Vertrauen aufgebaut sei, abzulehnen oder nur die Hälfte anzunehmen.

Nachdem ein konservativer Abgeordneter sich gegen den Vorwurf der Verschleppung gewandt hatte, erklärte der Minister des Innern, er glaube nicht an Verschleppungsabsichten. Er sprach den Gegnern der Vorlage die besten Absichten zu. Wenn die Vorlage nicht angenommen würde, so werde die Enttäuschung der im Volk geweckten Hoffnungen von erheblicher Bedeutung für die innerpolitische Gestaltung sein. Nicht Opportunitätsrücksichten seien für die Regierung maßgebend, sondern allein die Sorge um die Zukunft.

Ein konservativer Abgeordneter erkannte an, daß das bestehende Wahlrecht reformbedürftig sei, während ein weiterer konservativer Abgeordneter darauf hinwies, daß die Folgeerscheinung des parlamentarischen Systems unzweifelhaft eine Lockerung der Disziplin und der Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule sein werde, zweien Kulturmomente, die Preußen mit groß gemacht hätten.

Ein freisinniger Abgeordneter wandte sich dagegen, daß die Herrenhausvorlage vorweg genommen werden sollte und bezeichnete die jetzige Politik in den Ostmarken als einen Mißerfolg.

Ein polnischer Abgeordneter meinte, das bisherige preußische Regierungssystem den Polen gegenüber sei diesen tief verhaßt und der Krieg werde dem polnischen Volk die Gleichberechtigung bringen. Es werde dann nicht mehr dem widerwärtigen preußischen Regime unterliegen. (Der Vorsitzende ersucht den Redner um größere Mäßigung.) Der Krieg werde ein Massengrab für den nationalen Chauvinismus sein.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums wies diese Vorwürfe zurück, die objektiv unwahr seien und in der Form eine schwere Beleidigung für die Regierung darstellen. Er sprach die Hoffnung aus, daß nicht alle Polen auf diesem Standpunkt stehen. Dies wäre sonst eine große Undankbarkeit gegenüber dem König, der gerade jetzt aus hochherziger Gnade den alten polnischen Staat wiederhergestellt habe.

Nachdem ein konservativer Redner seinen Antrag begründet hatte, wonach die Vereinigung der drei Vorlagen durch ein Mantelgesetz verlangt wird, wurde die Weiterberatung auf Montag vertagt.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 14. Januar 1918.

= Der Großherzog begab sich am 2. ds. Mts. zum Besuch badischer Truppen nach dem westlichen Kriegsschauplatz. Derselbe kehrte am Freitag abend hierher zurück. Gleichzeitig erfolgte auch die Rückkehr Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin.

Na. Lebensmittel. Nach der Bekanntmachung des Nahrungsmittelamts werden in der Woche vom 14.—20. Januar 1918 neben den regelmäßigen Verteilungswaren ¼ Pfund Nudeln, ½ Pfund Marmelade, ⅛ Pfund kochfertige Weizengrießsuppe und ½ Pfund Sauerkraut verteilt. Das Fett wird in den Verkaufsstellen Nr. 1 bis 125 am Montag, Dienstag und Mittwoch, die Eier in den Geschäften Nr. 1 bis 222 in der zweiten Hälfte der Woche verteilt. — Für die Woche vom 21. bis 27. Januar ist die Verteilung von Graupen, Dörrgemüse und sauren Rüben vorgesehen.

= Einwirkung des Krieges auf die Schule. Kurz vor Beginn des Krieges betrug in Baden die Zahl sämtlicher Lehrer 8 200. Sie hat sich während des Krieges um 2 364 (28.3 Proz.) auf 5 836 verringert. Am 1. Dez. zählte man an allen badischen Schulen 3 911 Lehrer und 1 925 Lehrerinnen.

Letzte Drahtberichte.

Vorträge beim Kaiser.

);(Berlin, 13. Jan. Der Kaiser und die Kaiserin nahmen heute vormittag an dem Gottesdienst in der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche statt. Der Kaiser hörte später den Vortrag des Reichskanzlers und den des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Erkrankung des Grafen Roedern.

);(Berlin, 14. Jan. Laut „Berl. Lokalanz." leidet Schatzsekretär Graf Roedern noch immer an einer leichten Erkältung.

Fliegerleutnant Müller †.

() Berlin, 14. Jan. Wie dem „Berl. Lokalanz." aus München berichtet wird, ist der bayerische Fliegerleutnant Max Müller, Ritter des Ordens Pour le mérite bei der Jagdstaffel Bölke in der Nähe von Cambrai nach 38 Flugsiegen infolge Flugzeugdefekts tödlich verunglückt und so unbesiegt für das Vaterland gefallen.

Der polnische Besuch in Wien.

WTB. Wien, 14. Jan. Die Mitglieder des polnischen Regentschaftsrates und Ministerpräsident von Kucharzewski mit Begleitung sind gestern nachmittag nach Warschau abgereist.

Die Heimreise Buchanans.

() Berlin, 14. Jan. Nach einer Stockholmer Depesche des „Berl. Lokalanz." erklärte der dort eingetroffene englische Botschafter Buchanan in einem Presseinterview, seine Abreise sei ausschließlich aus Gesundheitsrücksichten veranlaßt. Der Botschafter reist in Begleitung der Militär- und Marinedelegation.

Ein Tankministerium in Frankreich.

* Berlin, 14. Jan. Wie die „N. Zür. Nachr." berichten, richtet eine Verordnung des Präsidenten der französischen Republik ein eigenes Unterstaatssekretariat für Tanks ein. Wenn das nicht hilft!

Englisch-japanische Freundschaft.

() Bern, 12. Jan. Der König von England hat dem Kaiser von Japan anläßlich des Jahreswechsels die Würde eines britischen Feldmarschalls verliehen, was der Kaiser von Japan mit der Ernennung des Königs von England zum japanischen Feldmarschall erwiderte.

Schneestürme in Amerika.

() Newyork, 12. Jan. Chicago ist von jeder Eisenbahnverbindung abgeschlossen durch einen der schlimmsten je erlebten Schneestürme. Das Geschäftsleben ist gehemmt. Es kommt keine Milch in der Stadt an. Die Kohlenzüge können wegen der strengen Kälte nicht befördert werden.

Irland.

(!) Rotterdam, 12. Jan. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" berichtet: Graf Plunkett hat in einer Ansprache in einer Versammlung von Sinn Feinern in Dublin erklärt, daß England Irland seiner Lebensmittel zu berauben drohe, die das Land für seine Bevölkerung notwendig brauche. Die Iren würden Mangel leiden müssen, wenn sie diese Lebensmittel nicht im Lande behielten. Es sei deshalb die Aufgabe der Iren, dafür zu sorgen, daß die Sachen im Lande bleiben, wenn nötig mit Gewalt.

Lebensmittelunruhen in Spanien.

() Madrid, 12. Jan. (Reuter.) Gerüchtweise verlautet, daß in Valencia ohne vorherige Warnung wegen der Lebensmittelteuerung ein Generalstreik ausgebrochen ist. Aus Barcelona meldet man lärmende Kundgebungen aus demselben Grunde. Theater, Kaffeehäuser und Konzertlokale wurden von der Menge angefallen. Der Mob drang in die Lokale ein und plünderte und zertrümmerte die Möbel. Zahlreiche Personen wurden verhaftet und verwundet. Es verlautet, daß am Montag der Generalstreik erklärt werden wird. Auch aus anderen Städten werden Unruhen wegen der Lebensmittelteuerung gemeldet.

Die Gärung in Portugal.

(!) Lissabon, 12. Jan. (Havas.) Die Behörden nahmen Haussuchungen in einigen Stadtvierteln von Lissabon vor, wobei Gewehre und Sprengstoffe beschlagnahmt und Verhaftungen vorgenommen wurden. Die demokratischen Klubs wurden geschlossen.

*

WTB. Genf, 14. Jan. Nach einer Havas-Meldung aus Lissabon werden die bei den letzten Ereignissen beteiligten Marineangehörigen, deren schlechte Haltung erwiesen ist, aus der Marine entfernt werden. Sie werden, sofern sie geflüchtet sind, als Deserteure behandelt werden, falls sie nicht in 48 Stunden sich wieder einfinden.

Grubenunglück in England.

() London, 12. Jan. (Reuter.) In einem Schacht in Halmerend in North-Staffordshire ereignete sich heute früh eine schwere Explosion. Zur Zeit der Explosion waren 247 Mann im Schacht. Bisher sind nur ungefähr 60 an die Oberfläche gekommen. Man glaubt, daß die Zahl der Toten groß ist.

() London, 12. Jan. Nach den letzten Berichten über das Grubenunglück in Halmerend wurden 100 Mann lebend und einige Leichen an die Oberfläche gebracht. 140 Mann sind in den Schächten eingeschlossen. Es besteht wenig Hoffnung, sie zu retten.

Das Frauenstimmrecht in den Vereinigten Staaten.

:: Washington, 12. Jan. Das Repräsentantenhaus hat die Gesetzesvorlage zur Einführung des Frauenstimmrechts mit 272 gegen 126 Stimmen angenommen.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die tiefschmerzliche Mitteilung, dass meine herzensgute, treubesorgte Frau, unsere liebe, gute Mutter, Schwester, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwägerin und Tante

Berta Poth

geb. Kurths

nach langem, in Geduld ertragenem schweren Leiden am Samstag, den 12. Januar 1918, nachmittags 3¼ Uhr, sanft entschlafen ist.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Georg Poth,
Generalagent.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 15. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

Von Beileidsbesuchen bittet man absehen zu wollen. 1066

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Todesanzeige.

Heute früh verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Wilhelm Berthold Ihne

im Alter von 67 Jahren.

Ziegelhausen a. N., den 12. Januar 1918.

Marg. Agnes Rebmann, geb. Ihne,
Maria Antonietta v. Ihne, geb. Palloni, Exz.,
Geh. Hofrat **Edmund Rebmann,**
Ida Schelble, geb. Rebmann,
Wilhelm Viktor v. Ihne, Leutnant im Leib-Garde-Husarenregiment,
Dr. Hans Schelble, Direktor des Kinderkrankenhauses Bremen.

Karlsruhe, Berlin, Bremen.

Die Beerdigung findet statt in Ziegelhausen am Montag, den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr. 1066

An die Arbeiter, Arbeiterinnen und Betriebsbeamte

der

Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken.

Die **Wiederaufnahme der Arbeit** in den Werkstätten der Firma in **Karlsruhe** findet für die **Tagschicht** am

kommenden Mittwoch, den 16. Januar 1918

statt.

An diesem Tage haben diejenigen Personen, welche **zuletzt** in **Tagschicht** beschäftigt waren, **morgens 7 Uhr pünktlich** zu erscheinen.

Die **Nachtschicht** dagegen bleibt in allen Werkstätten **geschlossen.**

Der Betrieb in **Grötzingen** bleibt ebenfalls **geschlossen.**

Karlsruhe, den 12. Januar 1918. 1063

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken.

Oeffentliche Aufforderung.

Die Anmeldung zur Stammrolle betr.

Die **Militärpflichtigen,** welche für das Ersatzgeschäft des Jahres 1918 meldepflichtig sind, werden aufgefordert, sich zur **Stammrolle** anzumelden und zwar beim **Städt. Militärbüro, Karl-Friedrichstraße 8, 4. Stock, Zimmer 178,** Eingang von der Zähringerstraße, **Werktags: vormittags von 8—½1 Uhr, nachmittags von ½3—5 Uhr.**

1. **Zur Anmeldung sind verpflichtet:**

a) alle Deutschen, welche im **Jahre 1918 das 20. Lebensjahr zurücklegen,** also im **Jahre 1898 geboren** sind und sich noch nicht im Militärdienst befinden.

b) alle früher geborenen Deutschen, über deren Dienstpflicht noch nicht endgültig durch Ausschließung, Ausmusterung, Ueberweisung zum Landsturm, zur Ersatzreserve oder Marine-Ersatzreserve oder durch Aushebung für einen Truppen- oder Marineteil entschieden ist, sofern sie nicht durch die Ersatzbehörden von der Anmeldung ausdrücklich entbunden oder über das Jahr 1918 hinaus zurückgestellt sind.

2. Die Anmeldung erfolgt bei der **Gemeindebehörde** des **Orts,** an dem der Militärpflichtige seinen dauernden Aufenthalt **hat.** Hat er keinen solchen, so muß die Anmeldung an dem Ort des Wohnsitzes, und beim Mangel eines inländischen Wohnsitzes am Geburtsort, oder wenn auch dieser im Ausland liegt, am letzten Wohnsitz der Eltern erfolgen.

3. Ist der Militärpflichtige von dem Orte, in dem er sich nach Ziffer 2 zu melden hat, zeitig abwesend, so haben die Eltern, Vormünder, Lehr-, Brot- oder Fabrikherren die Verpflichtung zur Anmeldung.

4. Die Anmeldung hat in der Zeit vom **2. bis 15. Januar 1918** zu geschehen; sie soll enthalten: Familien- und Vornamen des Pflichtigen, dessen Geburtsort, Geburtsjahr und Tag, Aufenthaltsort, Religion, Stand oder Gewerbe, sowie Name, Stand oder Gewerbe und Wohnsitz der Eltern, sowie ob diese noch leben oder tot sind. **Sofern die Anmeldung nicht an dem Geburtsort erfolgt, ist ein Geburtsschein vorzulegen.** Bei wiederholter Anmeldung müssen die Musterungsausweise vorgelegt werden.

5. Wer die vorgeschriebene Meldung unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Karlsruhe, den 8. Januar 1918. B4

Bürgermeisteramt.

Straßen- u. Fabrik-
Besen

ca. 8 cm. breit und 30 cm. lang
Postpakete, 2 u. 4 Stück, liefert noch prompt p. Nachnahme Stück 4.80 Mk. exkl.
Verpackung unfrankiert, bei Dutzendabnahme franko incl. Verpackung. 8004
Besen- u. Bürsten-Industrie
Celle 1. H. 350 Arbeiter.
Vertreter und Händler
überall gesucht.

Ausgekämmte
Frauenhaare
kauft 1005
Oskar Decker, Haarhandlung, Kaiserstraße 32.

Rentables Geschäft
verleihbar, gibt ab: G. Mayenburg in Augsburg G 185. Erforderlich 200 Mk. 7002

Für sofortigen Antritt suchen wir einen
tüchtigen Techniker
für das Heizungsfach und allgemeinen Maschinenbau. Derselbe muß tüchtiger Zeichner sein. Kriegsbeschädigte nicht ausgeschlossen. Gefl. Angeb. mit Gehaltsansprüchen erbeten
Metallwerke B. Rudolph & Co., — G. m. b. H. —
Emaillier-, Schweiß- u. Stanzwerke, Allstedt S.W. 1004

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen für die zweite Hälfte des Monats Januar 1918 findet nach Maßgabe der Ordnungszahl der Ausweiskarten an folgenden Tagen, jeweils vormittags von 8 bis ½12 Uhr und nachmittags von ½3 Uhr bis 6 Uhr,

Mittwoch, den 16 Januar 1918 jedoch nur von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr

im **großen Rathaussaal** statt.

O.-Z.	1 bis mit Nr. 2800	Mittwoch,	16. Januar 1918,
O.-Z.	2801 bis mit Nr. 5600	Donnerstag,	17. Januar 1918,
O.-Z.	5601 „ „ „ 8400	Freitag,	18. Januar 1918,
O.-Z.	8401 „ „ „ 11200	Samstag,	19. Januar 1918,
O.-Z.	11201 „ Schluß	Montag,	21. Januar 1918.

Im Interesse einer geordneten und raschen Abwicklung des Auszahlungsgeschäfts muß dringend darauf bestanden werden, daß die Bezugsberechtigten die vorgeschriebene Reihenfolge **genau** einhalten.

Karlsruhe, den 12. Januar 1918. B. 5

Das Bürgermeisteramt.

Gaskoks

Stück- und Nußkoks
berechnen wir vom **15. Januar d. J. an** bis auf weiteres J4

den Zentner zu M. 2.40 ab Werk.

Karlsruhe, den 14. Januar 1918.

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Amt.

Bekanntmachung.

In den Räumen des Rathauses, der Spar- und Pfandleihkasse und des Konzerthauses wurden im 4. Vierteljahr 1917 folgende **Gegenstände aufgefunden:**

1 neues Putztuch, 1 schwarzer Schafwollkragen, 1 schwarzer Schleier, 1 schwarze Krawatte, Handschuhe, Taschentücher, 1 Geldtäschchen, 1 Brille, 1 Spazierstock, 1 Lehrbuch der Geometrie mit 18 ℳ Steuerzeichen, 1 Damenschirm, 1 Zigarrentasche, 1 Opernglas, 1 Brosche (Rosenbukett), 1 Paar Ohrringe, 1 weißes Kopftuch.

Die Empfangsberechtigten werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte an den Fundsachen binnen drei Wochen beim städt. Hauptsekretariat (1), Rathaus II. Stock, Zimmer 75, geltend zu machen, widrigenfalls das in § 979 B.G.B. bezeichnete Verfahren durchgeführt wird.

Karlsruhe, den 5. Januar 1918. B3

Das Bürgermeisteramt.

Jagd-Verpachtung.

Die **Stadtgemeinde Lörrach** läßt am **Donnerstag** den 31. Januar, **vormittags 11 Uhr,** im Rathaussaal in Lörrach die Ausübung der Jagd in der Gemarkung Lörrach und Stetten auf die Dauer von 9 Jahren, beginnend mit dem 1. Februar 1918, öffentlich versteigern.

Als Bieter können nur solche Personen zugelassen werden, welche sich im Besitze eines Jagdpasses befinden oder durch ein schriftliches Zeugnis des Großh. Bezirksamts nachweisen, daß gegen die Erteilung eines Jagdpasses Bedenken nicht bestehen.

Wir laden Pachtliebhaber dazu freundlichst ein. Der Entwurf des Pachtvertrages liegt bis zur Versteigerung beim Rechnungsamt auf. 1061

Gemeinderat Lörrach.
Dr. Gugelmeier.

Humboldtschule.

Der Unterricht beginnt am 15. Januar wieder.

31 H **Die Direktion.**

Volksschule Karlsruhe.

Der Unterricht beginnt am

Dienstag, den 15. Januar 1918

zu den **stundenplanmäßigen Zeiten.**

Karlsruhe, den 11. Januar 1918. H 10

Volksschulrektorat.

Oberrealschule Karlsruhe.

Wiederbeginn des Unterrichts:

Dienstag, den 15. Januar, 8²⁰ Uhr. H 12

Karlsruhe, den 11. Januar 1918.

Großh. Direktion.

Großherzogl. Hoftheater. 2052

Montag, den 14. Januar, C 27 (graue Karten):

Die Rabensteinerin.

Anfang 7 Uhr. Ende ¼10 Uhr.

Trauerbriefe Trauerkarten
In kürzester Frist bei billigster Berechnung in der
Badischen Landeszeitung
G. m. b. H.
Hirschstrasse 9
Telephon 400

Stadt. Arbeitsamt
Gesucht
werden
Köchinnen für Privat
Mädchen für alles
Mädchen z. Anlernen
sowie
Stundenfrauen
für häusliche Arbeiten
für sofort oder später
Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienst-Meldestelle
Zähringerstr. 100, III. Stock.

GALERIE MOOS
Januar-Ausstellung
KARLSRUHER KÜNSTLER
Gemälde 1007
Graphik :-: Plastik.

Gebisse
kauft jeden Dienstag, per Stück von 10.— Mk. an 1032
Frau Weinock, Karlstraße 37
Bin amtl. berechtigte Aufkäuferin

Heuser's Pfalzführer
das beste Führerwerk durch den „Gottesgarten der Rheinpfalz" gerade zur richtigen Zeit
wieder freigegeben!
(Die vom stv. Gen. Kdo. II. A. K. als ausgezeichnet befundenen Karten werden nach dem Kriege frei nachgeliefert; aber auch ohne diese ist der Führer m. seinen Weg- u. Markierungsbeschreibungen das Werk über die Pfalz, das jeder Ausflügler haben muss.) 8087
Verlag Wilh. Marnet
Neustadt a. Hdt.
Vorrätig in allen Buchhandlungen.

Greif Institut Detektiv
Schlossplatz 8, part.
E. Geugelin, früh. Polizeibeamter, besorgt überall Auskünfte, Ermittlungen, Beobachtungen etc. Durch aus routiniert. Telef. 1252. 102

Es ist ratsam,
die ältesten Pelze u. Muffe reparieren u. ändern zu lassen. Tadellose u. billige Ausführung Douglasstr. 8, part. 100

Chaiselongue
neue, zu verkaufen.
Polsterei Köhler, Schützenstr. 25.